

Ortsverwaltung Wallbach

(Dienststelle)

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates

am Mittwoch, 07. Oktober 2015 (Beginn 19.00 Uhr; Ende 22.15 Uhr)

in Bad Säckingen-Wallbach (Gemeindesaal)

Vorsitzender: OV Fred Thelen

Zahl der anwesenden Mitglieder: 8

(Normalzahl: 10 Mitglieder)

Namen der nicht anwesenden ordentl. Mitglieder:	Name der anwesenden stellvertretenden Mitglieder:
OR Karina Weiß (v)	
OR Daniel Landis (k)	

Schriftführerin: Frau Karin Güll

Besucher der Ortschaftsratssitzung:

3 Presse

Ca. 200 Bürger

Bürgermeister Alexander Guhl

Landrat Dr. Martin Kistler

Polizeioberkommissar Oliver Graf

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass:

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 02.10.2015 ordnungsgemäß eingeladen;
2. die Tagesordnung am 02.10.2015 durch ortsübliche Bekanntmachung – Anschlagtafeln, Veröffentlichung im redaktionellen Teil der Tagespresse sowie Veröffentlichung auf der Homepage der Stadt Bad Säckingen – bekannt gemacht wurde;
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 5 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

* Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert entschuldigt, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Protokoll der Sitzung des Ortschaftsrates von Mittwoch, 07.10.2015
Information der Bevölkerung zur Flüchtlingsunterbringung in Wallbach

TOP 1.

Begrüßung und Informationen Fred Thelen, Ortsvorsteher

OV Thelen begrüßt Bürgermeister Guhl, Landrat Dr. Kistler, Polizeioberkommissar Graf, den Ortschaftsrat, Stadträte, die Presse sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Entgegen der Regularien wurde der Tagesordnungspunkt „Bürger fragen“ an den Schluss gesetzt. **OV Thelen** bittet die Bürger, zuerst die Ausführungen von sich, Herrn Guhl und Herrn Dr. Kistler zu hören und den Mitgliedern des Wallbacher Ortschaftsrates das erste Recht für Rückfragen einzuräumen. Danach besteht die Möglichkeit, bis dahin unbeantwortete Fragen zu stellen.

Es wird darum gebeten, politische Statements zu unterlassen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass **OV Thelen** Angriffe und Beleidigungen der Gäste und der Ratsmitglieder nicht dulden wird und in solch einem Fall von seinem Hausrecht Gebrauch machen wird.

Die Ausführungen von **OV Thelen** stehen bereits auf der Homepage, werden aber auch dem Protokoll angehängen.

Begrüßung und Information Bürgermeister Alexander Guhl

Bgm. Guhl begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Dass die Entscheidung des Ortsvorstehers zu dieser Informationsveranstaltung wichtig und richtig war, zeige der gute Besuch der Veranstaltung.

Weiter bedankt er sich bei Landrat Dr. Kistler, dass er trotz anderer Termine gekommen ist.

Bereits vor einem Jahr, nach seiner Wahl, habe Landrat Dr. Kistler das Gespräch mit Bürgermeister Guhl gesucht, als das Thema Flüchtlingsunterbringung zum ersten Mal aktuell wurde.

Damals habe er dem Landrat die Unterstützung durch die Stadt Bad Säckingen zugesagt.

Seither haben viele Diskussionen stattgefunden, bei der die Hierarchie im Landratsamt nie eine Rolle gespielt habe.

Weiter berichtet er, dass der Landrat es sich nicht einfach gemacht habe, sondern das Gespräch mit den Kommunen zur Flüchtlingsunterbringung suche.

Im August 2015 suchte die Stadt nach Gesprächen mit dem Landrat alternative Projekte.

Auch der Stadtrat habe die Suche nach Alternativprojekten unterstützt. Leider sind nicht alle Vorschläge baulich und auch rechtlich für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet.

Deshalb gelte sein Dank Ortsvorsteher Thelen für die Unterstützung zur Bereitstellung des Gebäudes in Wallbach. Der Mailverkehr zwischen Landrat, Bürgermeister und Ortsvorsteher sei enorm.

Ein besonderer Dank gelte Stadtbaumeister Roher. In 1 ½ Tagen habe er die Alternativplanung für das Gebäude in Wallbach ausgearbeitet – dies sei eine Rekordleistung.

Ihm ist bewusst, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger über dieses Projekt erfreut sind.

Kreis und Kommunen seien jedoch gefordert, Flüchtlinge unterzubringen und einzugliedern.

Er sieht aber auch Chancen in Bezug auf die Demografie. Auch aus humanitärer Sicht sollte Hilfe für die Flüchtlinge selbstverständlich sein. Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten sei ein Akt der Verzweiflung, ein Weg, den niemand gerne und freiwillig antrete.

Nichts desto trotz habe alles seine Grenzen.

Waldshut hat sich dafür entschieden, den Flüchtlingen die Chilbi-Halle zur Verfügung zu stellen.

Bad Säckingen hat für die Flüchtlingsunterbringung einen anderen Weg gewählt. Hierfür dankt er allen Stadträten nochmals für die Mitarbeit und bittet die Bürgerinnen und Bürger um Verständnis und Akzeptanz für diese Entscheidung.

3. Begrüßung und Information Landrat Dr. Martin Kistler

Auch **Dr. Kistler** begrüßt alle Anwesenden und bedankt sich für die Einladung.

Im Moment ist der Zeitpunkt für Informationen noch in einem sehr frühen Stadium, Verträge und Beschlüsse seien noch keine ausgearbeitet.

Die Stadt Bad Säckingen habe die Vorarbeit geleistet, auf die der Kreis nun aufbauen könne. Eine Stellungnahme sei in diesem frühen Stadium noch nicht möglich. In der jetzigen Situation könne er lediglich über Erfahrungswerte berichten.

Der Landkreis hat die Aufgabe, die ankommenden Flüchtlinge vorläufig unterzubringen, wobei es nicht möglich ist, Einfluss auf die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge zu nehmen.

Der Kreis stehe im Konsens zu den Kommunen. Dabei versuche man, ein Einvernehmen zu erzielen. Dies sei nicht immer leicht, denn der Kreis muss/kann/darf/soll die Flüchtlinge aufnehmen, wenn sie ankommen.

Er ist dankbar, dass der Konsens bisher gelungen ist. Er möchte die Wallbacher nun mit einbinden und hofft auf Verständnis vor Ort.

Sein Dank gilt Bürgermeister, Ortsvorsteher, Stadtrat und Ortschaftsrat.

Weiter berichtet er, dass alle Flüchtlinge, die ankommen, eine Geschichte haben, sei es Wirtschaft, Krieg oder Not.

Es entscheidet das Migrationsamt, ob die Flüchtlinge, die hierher kommen, berechtigt sind zu bleiben, nicht die örtlichen Behörden.

Bis die Entscheidung getroffen ist, sollen die Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterkunft erhalten. Deutschland als reiches Land tue gut daran, sich zu beteiligen.

Die Badmattenhalle war in den Fokus des Landkreises geraten, weil man die Grenze der Unterbringungsmöglichkeiten bald erreicht hat. Man ist aufgrund der Entwicklung besorgt:

Bis Ende Juni 2015 wurden dem Kreis Waldshut 50 Flüchtlinge pro Monat zugewiesen.

Ganz Baden-Württemberg bekam Ende Juli 80.000 Flüchtlinge pro Monat zugewiesen, diese Zahl stieg stetig an. Momentan kommen 10.000 pro Woche, dies bedeutet für den Kreis Waldshut 600 pro Monat.

Prognosen und Hochrechnungen für den Kreis Waldshut:

Juli 2015 – 100 Personen / Monat

August 2015 – 150 Personen / Monat

September 2015 – 202 Personen / Monat

Oktober 2015 – 329 Personen / Monat

Bis Ende Dezember 2015 werden 1.000 Personen / Monat erwartet

Wir befinden uns somit aktuell in einer Notlage.

Die getroffenen Maßnahmen sind ein Mix aus allem: Hallen, Container, Immobilien. Mittlerweile ist man nicht mehr so wählerisch, möchte sich aber nicht willkürlich fremdes Eigentum aneignen.

Der Zugriff auf Sport- und Mehrzweckhallen erfolge erst, wenn nichts anderes mehr möglich ist.

Natürlich ergebe sich dadurch eine Einschränkung in der Bevölkerung, es habe aber durchaus auch bereits viele positive Erfahrungen gegeben.

In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern.

Es werden die Unterkünfte mit den jeweiligen Aufnahmekapazitäten bekannt gegeben. Ebenfalls mitgeteilt werden die Herkunftsländer der Flüchtlinge.

TOP 2. Fragen aus der Ratsrunde

OR Umbreit:

Die Anzahl der Personen, die untergebracht werden sollen, bereiten ihm Sorgen. Aus seiner persönlichen Sicht heraus sollte die Anzahl maximal 10 % der Einwohnerzahl betragen. Dies wären aus der Sicht von Wallbach 150 Personen, mehr machten Probleme in der Bevölkerung. Außerdem bittet er um Unterstützung von Kreis und Kernstadt.

OR Probst:

Er bittet Landrat Dr. Kistler um die Unterstützung der Wallbacher Bevölkerung. Er habe gehört, dass es ein Konzept und ein Programm auf Bundesebene gibt und möchte nun wissen, was es damit auf sich hat. Außerdem erkundigt er sich, wie die Unterbringung organisiert wird.

OR Berchtold:

Sie möchte wissen, wie die Flüchtlinge zusammen gesetzt sind, ob mit Familien oder mit Einzelpersonen zu rechnen ist.

Landrat Dr. Kistler:

Zum Thema Personenzahl:

Es wird jeweils das konkrete Projekt angeschaut und dann entschieden. Die Entscheidung sollte maßstäblich und ortsverträglich sein. Ihm ist bewusst, dass 150 Personen einen hohen Prozentsatz darstellen. Er kann hierzu keine Zusagen machen, wird aber versuchen, maßstäblich zu bleiben.

Es gibt zwar keine Garantie, aber bisher hat die Bevölkerung an anderen Standorten noch keinen Schaden genommen.

Zum Thema Unterstützung:

Die Kommunen werden nicht alleine gelassen, es gibt ein Kreispflichtprogramm. Hierzu gehören:

- ein Hausmeister, der für die Immobilie sorgt
- ein Heimleiter, der den Ein- und Umzug der Personen managt und sich um die Einrichtung kümmert.
- Sozialbetreuer
- Vermittlung von Sprachkursen
- Schnittstelle zu Koordination von ehrenamtlichen Helfern

Allerdings steht dem Kreis nicht unendlich Personal zur Verfügung.

Das staatliche Schulamt stellt ebenfalls zusätzliche Deputate zur Verfügung – es fehlen jedoch Lehrer.

Zum Thema Zusammensetzung:

Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Es müssen die genommen werden, die kommen. Da der Landkreis aber über viele Unterkünfte verfügt, kann auf die Zusammensetzung auch Einfluss genommen werden und ggf. umgesetzt werden.

Bgm. Guhl:

Die Zahl von 10 %, die OR Umbreit angesprochen hat, hält er für richtig und vertretbar. Die Planung ergab erst einmal, dass maximal 200 Personen untergebracht werden können. Er ist dankbar, dass die Stadt durch den Kauf der Immobilie die Entscheidungskompetenz auf ihrer Seite hat und den Kreis unterstützen kann.

Einmal im Monat findet ein Austausch mit dem Kreis statt. Ob sich die Zahl derer, die aufgenommen werden müssen erhöht, bleibt abzuwarten.

Es wird ein ehrenamtlicher Koordinator eingesetzt.

Da Sozialstellen schwierig zu besetzen sind, schlägt er vor, Wohlfahrtsverbänden mit einzubeziehen. Wichtig und hervorzuheben bei den ganzen Zahlen ist die Tatsache, dass Bad Säckingen mehr Flüchtlinge aufgenommen hat wie nötig. Bad Säckingen steht dazu, erwartet aber im Gegenzug Solidarität aus den Gemeinden im Umkreis.

TOP 3. Fragen aus dem Publikum

1. Harald Kühn

Wie lange wird das Gebäude angemietet? Wenn Bgm. Guhl das Gebäude kauft und vermietet, möchte er gerne den Mietpreis und eine Stellungnahme hierzu.

Weiter erkundigt er sich, was der Sicherheitsdienst bei der Bad Säckinger Unterkunft für eine Aufgabe hat.

Landrat Dr. Kistler

Da noch keine Verträge geschlossen wurden, können noch keine Zahlen genannt werden. Die Mietdauer muss noch ausgehandelt werden, es werden aber sicher keine Ewigkeitsverträge sein.

Der Sicherheitsdienst wurde eingerichtet, da die Unterkunft im Gewerbegebiet nicht ganz klein ist. Die Präsenz von Sicherheitsorganen vor Ort zeige gute Wirkung.

Bgm. Guhl

Einen Sicherheitsdienst im Einvernehmen mit dem Landkreis hält er für wichtig.

Beim Thema Finanzen gehen die Erwartungen von Stadt und Kreis auseinander. Momentan ist der Landkreis nicht in der Lage einzuschätzen, wie lange die Unterkunft benötigt wird. Die Stadt möchte natürlich, dass sich der Kauf des Gebäudes amortisiert. Nach Vorstellungen der Stadt soll das Gebäude für etwa 7 – 10 Jahre vermietet werden.

2. Gerd Bühler

In einem Artikel der Badischen Zeitung war nachzulesen, wie viele Asylantenplätze die Gemeinden im Umkreis im Vergleich mit der Einwohnerzahl zur Verfügung stellen. Albrück stellt beispielsweise 2,6 %, St. Blasien 3 – 3,5 % zur Verfügung.

Wallbach hingegen stellt 10 – 13 %, was in seinen Augen für eine Gemeinde dieser Größe nicht akzeptabel ist. Eine erfolgreiche Integration hängt in großem Maß von der Anzahl ab. Ihm ist diese Zahl zu viel.

Zur Verdeutlichung:

Bei einer Aufnahme von 10% der Einwohner müsste Bad Säckingen 1.700 Flüchtlinge, Waldshut 1.500 Flüchtlinge aufnehmen.

Landrat Dr. Kistler

Die Beschwerde ist für ihn nachvollziehbar. Die Zahlen werden aber nicht so bleiben. Der Kreis muss an Immobilien kommen, hat bis jetzt die freiwillige Basis vorgezogen und auf Zwangsmaßnahmen verzichtet.

Gemeinden, die keine Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung stellen werden mit der Anschlussunterbringung belastet.

Zum Problem der Integration kann er sagen, dass ihm weniger Personen auch lieber wären. Aber durch den vorhandenen Platzmangel ist der Kreis auf die angebotenen Immobilien angewiesen. Die Menschen sind im Durchschnitt 10 – 12 Monate in einer Unterkunft - Syrer werden in der Regel schnell anerkannt - und verlassen diese dann oft zu Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten.

OV Thelen

Er habe zugesagt, 10 % aufzunehmen, weil

- Personal nicht unendlich ist und größere Standorte deshalb besser zu versorgen sind
- damit die Belegung der Badmattenhalle abgewendet werden konnte.

3. Herr Wack, jun.

Berichtet, dass er selbst ehrenamtlich in einer Unterkunft mitarbeitet. Er ist der Meinung, dass viele Unterkünfte, auch in den Langfuhren, in der Lage sind, die Zusammensetzung zu organisieren.

Landrat Dr. Kistler möchte zu der Zusammensetzung der Flüchtlinge keine Garantie geben.

4. Frau Rind

findet es toll und auch wichtig, dass sowohl die Badmatten- als auch die Flößerhalle außen vor sind. Sie verweist auf leer stehende Immobilien in der Kernstadt, wie beispielsweise die leer stehenden Kliniken, dort könnten die Flüchtlinge menschenwürdiger untergebracht werden.

Landrat Dr. Kistler

Dies ist unter anderem auch zivilrechtlich nicht möglich. Die Immobilien gehören nicht dem Kreis, sondern sind Fremdeigentum.

Es gab intensive Bemühungen um die entsprechenden Immobilien, doch auch städtebauliche Konzepte sprachen dagegen.

Bgm. Guhl

Er schließt sich den Ausführungen von Landrat Dr. Kistler an. Die Klinik im Schöpfbach stehe vor dem Verkauf und soll künftig nach Abriss als Wohnraum genutzt werden. Die untere Klinik ist ebenfalls Eigentum eines Dritten.

Fairerweise muss auch gesagt werden, dass die Kliniken im Kurgelbiet liegen und man Bad Säckingen als Kurstadt gerne erhalten möchte.

Es gab lange Beratungen, in denen man nach den geringsten Beeinträchtigungen gesucht habe. Dabei habe sich eine Dezentralität der Unterkünfte bewährt.

5. Ein Dame

erkundigt sich bei der Polizei nach deren Erfahrungen.

Polizeioberkommissar Graf

kann nur für den Standort Bad Säckingen sprechen. Nach Aussagen von Freiburg sei aber im Kreis Waldshut die Kriminalität zurück gegangen.

Der Sicherheitsdienst

- ist erster Ansprechpartner in allen Belangen für die Flüchtlinge
- schlichtet Streitigkeiten, dadurch ist die Polizeipräsenz relativ gering
- hilft bei technischen Problemen und leistet erste Hilfe
- schreckt mit dem Aussehen doch einige ab

OV Thelen erkundigt sich, ob es bei der Polizei ein Konzept gibt oder ob die jeweilige Lage vor Ort das Konzept vorgibt.

Herr Graf selbst ist beim PR Bad Säckingen zuständig für die Flüchtlingsunterkünfte und kümmert sich um die anfallende Kriminalität, koordiniert die Abschiebungen und kommuniziert mit dem Landratsamt.

6. Stefan Kühn

möchte wissen, ob die Badmatte als mögliche Option nun vom Tisch ist oder ob bei den nach oben korrigierten Zahlen das Thema wieder aufkommen kann.

Landrat Kistler

kann dies nicht definitiv ausschließen, auch wenn er gesehen hat, wie schwer sich Bad Säckingen mit der eventuellen Belegung der Badmattenhalle getan hat.

OV Thelen hofft, dass in Waldshut nun angekommen ist, dass mit 350, falls Wallbach zum Tragen kommt, in Bad Säckingen aufgenommenen Flüchtlingen nun erst einmal andere Projekte und Gemeinden vorrangig herangezogen werden.

Bgm. Guhl geht davon aus, dass der Landrat dies erkannt hat. Die Nutzung der Badmattenhalle wäre ein schwerer Eingriff in das Schul- und Vereinsleben und würde die bisherige gute Harmonie stören.

7. Einem Bürger

ist der Prozentsatz viel zu hoch. Diese wichtige Entscheidung sollte durch einen Volksentscheid von der ganzen Gemeinde getroffen werden, das wäre Demokratie.

OV Thelen:

Einen Volksentscheid für Ortsteile gibt es nicht. Der Volksentscheid müsste in der Gesamtstadt mit allen Ortsteilen durchgeführt werden. Somit wäre auch das Ergebnis von vorne herein klar.

8. Herr Löhndorf

Erkundigt sich nach dem Bestand der Grundschule in Wallbach

OV Thelen:

Seit Jahren steht im Fokus, dass die Schule erhalten bleibt. Der Zuzug von Familien untermauert dies nur.

OV Thelen bedankt sich beim Publikum für den ruhigen und korrekten Verlauf der Veranstaltung. Ihm ist bewusst, dass sich viele Menschen unwohl fühlen und nimmt deren Ängste ernst.

Wenn das Projekt umgebaut und realisiert werden soll, wird es eine erneute Bürgerversammlung geben.

Vor der öffentlichen Sitzung fand eine kurze nichtöffentliche Sitzung statt, in dem OV Thelen das Gremium über den derzeitigen Sachstand informierte.

Der Ortsvorsteher:

Die Ortschaftsräte:

Die Schriftführerin: